

Bürgerantrag möglich zu Straßenausbaubeiträgen

SIP-Bürgerforum mit Bürgerallianzchef

Pößneck (OTZ). Wie weiter mit den Straßenausbaubeiträgen in Pößneck? Zu diesem Thema fand am Montagabend im Pößnecker Ratskeller eine Informations- und Diskussionsveranstaltung der Sozialen Initiative Pößneck (SIP) mit dem Geschäftsführer der Bürgerallianz Thüringen und Landtagsabgeordneten Frank Kuschel (PDS/Die Linke) statt.

Nach dem das Verwaltungsgericht Gera die Pößnecker Straßenausbaubeitragssatzung gekippt hatte und die Stadt Pößneck drei Anliegerstraßen (Uhlandweg, Aktiengarten und Dietzstraße) noch in diesem Jahr beitragsausbaupflichtig sanieren will, schlugen die Emotionen von den betroffenen Anliegern hoch. "Die Bürgerversammlungen der Stadtverwaltung zu diesem Thema brachten kaum Rechtsicherheit, was auf die Bürger zu kommt. Ohne rechtsgültige Satzung wird jede Musterrechnung über Straßenausbaubeiträge zur Spekulation", teilte SIP-Vorsitzende Constanze Truschzinski in einer Pressemitteilung mit.

So waren am Montagabend 20 Einwohner der Einladung gefolgt und erfuhren von Frank Kuschel, dass es in Thüringen keine einheitliche Rechtsauslegung bei Straßenausbaubeiträgen gebe. In einer sachlichen bis emotionalen Diskussion wurden wiederkehrende Beiträge von den Teilnehmern noch immer als die sozialverträglichste Variante der Bürgerbeteiligung an der Finanzierung von Straßenausbaumaßnahmen bezeichnet. Zumindest solange eine Beitragsfinanzierung für den grundhaften Ausbau von Straßen notwendig sein soll. "Bei einer europäischen Harmonisierung der Rechtsnormen gehört diese deutsche Sonderlösung Beitragsfinanzierung von leitungsgebundenen Einrichtung abgeschafft", wiederholte Truschzinski die Forderung der Teilnehmer.

Bis dahin wird es noch viel Diskussion um ein Für und Wider von Straßenausbaubeiträgen geben. So wollen die von den Straßenausbaumaßnahmen und von zukünftigen Beiträgen Betroffenen nicht warten, sondern den Stadtrat fordern, sich für eine rechtsichere Grundlage für wiederkehrende Beiträge beim Gesetzgeber einzusetzen. Sollte sich der Stadtrat nicht mit den Anträgen der Bürger beschäftigen, erwägen die Betroffenen und die Soziale Initiative Pößneck auch einen Bürgerantrag zu diesem Thema.

PN 16.07.2009